

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Beobachtung
Tageblatt Riesa.
Gemeinde Nr. 20.
Postamt Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Staatsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meissen behördliches bestimmt Blatt.

Schriftleitung
Dresden 1530.
Straße:
Riesa Nr. 52.

Nr. 12.

Sonnabend, 14. Januar 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Pf. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrittes von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Wöhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Stößen wird nicht übernommen. Grundpreis für bis 20 mm breite, 2 mm hohe Gründungszeitung (6 Seiten) 25 Gold-Pfennige; bis 20 mm breite Neßlameister 100 Gold-Pfennige; zeitraubende und tabellarische 50 Pf. Aufdrucke, Reklame, Rechte Zeile. Beauftragter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Kontos gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichttägige Unterhaltungsbeiträge (Zeitung an der Elbe). — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verbreitungseinrichtungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Absetzung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Redaktion und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsräume Weichstraße 40. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa. für Anzeigen: Wilhelm Winterlich, Riesa.

Gehlers Rücktrittsgesuch.

Rücktrittswünsche oder entschieden ausgesprochene Rücktrittsbüchsen des Reichswehrministers Dr. Gehler sind in den acht Jahren seiner Amtstätigkeit keine Seltenheiten geblieben. Aber heisst das, dass Dr. Gehler im letzten Augenblick noch von der Notwendigkeit seines weiteren Verbleibens auf diesem wichtigen Posten des Reichswehrministers überzeugen lassen. Er blieb, obgleich eine bespiellose Sitz um seine Person spielte, er blieb, obgleich sein Gesundheitszustand von Jahr zu Jahr sich verschlechterte, er blieb auch, als Schicksalschläge auf Schicksalschläge sich immer mehr häuften. Soviel auch die Feinde der Wehrmacht der Persönlichkeit des Reichswehrministers vorzuwerfen hatten, das eine ostentatielle Sitz ihm auftrug: er blieb nicht auf seinem Posten, weil er ein „Gebler“ war, sondern nur, weil er es als seine Pflicht ansah, sich den Aufgaben nicht zu entziehen, die ein anderer in dieser schwierigsten aller Zeiten vielleicht nicht bewältigt hätte. Was dieser ehemalige Oberbürgermeister von Altenburg in den acht Jahren seiner Tätigkeit als Reichswehrminister für das deutsche Volk und für den deutschen Staat leistete, das wird in seiner großen Bedeutung vielleicht erst eine spätere Zeitepoche lehren. Eine Zeitepoche, die eine Distanz zu dem Heute geschaffen hat, eine Zeitepoche, in der die Parteilichkeiten und die innere Beruflichkeit des deutschen Volkes, die heute noch den objektiven Begriff für die Gegenwart trüben, einmal gewandert sind. Immerhin wird berichten, der sich nicht ganz einem ungehemmten Parteianästhetismus hingibt, schon jetzt die Erkenntnis zu gewinnen haben, dass, wenn Dr. Gehler nicht mit der ihm eigenen sachlichen und leidenschaftslosen Art die Geschäfte des Reichswehrministeriums geleitet hätte, große und ernste Komplikationen dem deutschen Volk in den letzten Jahren nicht erwartet geblieben wären. Die historischen Verdienste Dr. Gehlers um das junge deutsche Staatswesen liegen nicht in dem Munde seiner Vorbreden, sie liegen festgestellt in Tatsachen, die seiner abzuleiten vermag.

Als Dr. Gehler Nachfolger des Herrn Noske im Reichswehrministerium ward, übernahm er eine Erbschaft, um die er wohl kaum zu beneiden war. Sein Amtsantritt fiel mit den Geheimnissen des Kapp-Putsches zusammen. Wer nur einigermaßen die Verhältnisse damals in Deutschland kannte, die ungeheure Nervosität, die in diesen Seiten das ganze deutsche Volk durchwühlte, der wird es ermessen können, welche Energie, welche Sachlichkeit und welche ungeheurem Pflichtbewusstsein es den Vetter des Reichswehrministeriums kostete, der verworrenen Sachlage Herr zu werden. Ein Kampf nach beiden Seiten erschütterte damals den jungen deutschen Staat. Im Aufrütteln galt es, die Kommunisten zur Raison zu bringen, auf der politischen Bildfläche und schließlich auch im Innern des jungen deutschen Wehrmachts galt es, den rechtsextremen Strömungen Einhalt zu gebieten. Dem Stolzlichen Gehler schlich es gewiss nicht an Zivilcourage. Seiner Energie und schließlich auch seiner unbestrittenen Persönlichkeit gelang es, all dieser den Bestand des Staates gefährdenden Elemente Herr zu werden. In seinem eigenen Bemühten, dem Reichswehrministerium, schaffte er zunächst einmal die Ordnung, die eine Voraussetzung war für die Herabsetzung der Reichswehr auf ein 100 000 Mann starkes Heer, und auch für den Aufbau dieser kleinen Wehrmacht zu einem brauchbaren Instrument des deutschen Staates. Wenn Dr. Gehler also diese ihm übertragenen Aufgaben auch wirklich lösen könnte, so liegt dies zu einem großen Teil auch daran, dass er, der Stolz, auch wirklich in der Lage war, sich in die Seele seiner Soldaten und seiner Offiziere hineinzufühlen. Vielleicht wurde vielleicht die echte süddeutsche Liebenswürdigkeit des Reichswehrministers von seinen Gegnern mit einer Schwäche seiner Persönlichkeit verwechselt. Die Bilanz seiner Amtstätigkeit, allein schon die Tatsache, dass Dr. Gehler bis acht Jahre lang gegenüber einer unglaublichen Habe behaupten konnte, spricht wahrscheinlich nicht für die Sachlichkeit oder Energiedisposition seines Charakters. Er blieb auf seinem Posten und tat unbedingt seine Pflicht. An seiner Stube und seiner Sachlichkeit, schließlich auch an der Richtigkeit seiner Wirtschaftsauffassung prahlten all die zahllosen Gehpanegyri seiner Freunde ab. In der letzten Zeit hat der ewige „Sturm auf Gehler“ etwas nachgelassen. Dies gab ihm vermutlich auch die Überzeugung, dass er jetzt seine Rücktrittswünsche wahrnehmen könnte.

Dieser Abschied Dr. Gehlers von der politischen Bildfläche, wenn er sich wirklich bewohnt hätte, lässt oder nichtsdestoweniger in einer Zeit, die ihn sehr bedeutsam und vielleicht auch unzweckmäßig erscheinen lässt. Nur noch wenige Monate trennen uns von dem Ende der augenscheinlichen Legislaturperiode des Reichstages. Was besagt, dass der Nachfolger Dr. Gehlers nur der Sozialarbeiter des Mannes sein wird, der nach den Wahlen die Leitung des Reichswehrministeriums auf Grund der neuen Parteikonstellation im Reichstag zu übernehmen hat. Der Posten des Reichswehrministers hat schon bei der Bildung des gegenwärtigen Regierungsblocks eine große und bestig umstrittene Rolle gespielt. Bekanntlich hatte die Deutsche Volkspartei bei ihrem Eintritt in die heutige Koalition den Anspruch auf den Reichswehrministerposten erhoben, weil sie aus Kompromisgründen bei der Bildung des jetzigen Kabinetts auf den Verkehrsminister verzichtet hatte. Scheitert nun tatsächlich Herr Gehler in allerkürzester Frist aus der Reichsregierung aus, so wird es, schon rein aus parteilichen Gründen, recht schwierig sein, eine Einigung über einen geeigneten Nachfolger zu erzielen. Die Erneuerung des Nachfolgers ist zwar auf Grund der Reichsverfassung nicht an ein Votum des Parlaments gebunden.

Die Frage des Nachfolgers für Gehler.

In Berlin. Es gilt jetzt als sicher, dass Reichswehrminister Dr. Gehler tatsächlich sein Rücktrittsgesuch eingebracht hat. Die Bemühungen, Dr. Gehler zu verhindern, noch bis zur Neuwahl des Reichstages im Amt zu bleiben, hatten keinen Erfolg. Ob die Niederlegung der Leitung des Reichswehrministeriums zunächst in der Form einer Verurteilung Dr. Gehlers erfolgt steht noch dahin, wahrscheinlicher ist aber die baldige formelle Genehmigung seines Rücktrittsgesuches. Im Laufe des gestrigen Vormittags sind bereits Besprechungen über seine Nachfolge eingeleitet worden. Nach den bei der letzten Kabinettssitzung zwischen den Regierungsparteien getroffenen Vereinbarungen soll die Deutsche Volkspartei das Reichswehrministerium erhalten. Der Reichspräsident hat deshalb gestern vormittags dem Reichsminister u. d. Dr. Schulz den Posten des Reichswehrministers angeboten. Dieser hat jedoch abgelehnt, da die parlamentarische Sitzung gerade in den nächsten Wochen sein Verbleiben in der Leitung der Fraktion erfordert. In parlamentarischen Kreisen hält man es nun für wahrscheinlich, dass einstweilen das Reichswehrministerium kommissarisch verwaltet wird, und zwar von einem der anderen Reichsminister. In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, dass in diesem Falle der Reichskanzler das Reichswehrministerium mit übernehmen wird.

In Berlin. Fast sämtliche Blätter beschäftigen sich eingehend mit der Frage, wie die Nachfolgestadt für Gehler eingerichtet werden soll. Für den Fall einer kommissarischen Verwaltung der Geschäfte des Reichswehrministeriums durch den Inhaber eines anderen Ministeriums wird nicht nur Reichskanzler Dr. Marx, sondern auch Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius genannt.

Der „Deutsche Allgemeine Zeitung“ möchte folgen jedoch in einigen Kreisen der Koalition Befürchtungen ge-

hegt werden, dass eine solche Art der Übung als „Abwehrungszustand“ des jeweiligen Kabinetts aufgefasst, also als Bezeichnung zu beobachtende Vornahme der Wahlen und etwaiger späterer Kabinettsumbildung aufgefasst werde. Der Reichspräsident dürfte sich daher, nach dem genannten Blatt, an einer provvisorischen Regelung erstmals entschieden, wenn die Versuche, einen neuen Mann für das Wehrministerium zu finden, gescheitert sein sollten. Was diesen neuen Mann anberichtet, so wird in den Blättern eine ganze Reihe von Namen genannt, deren Träger vornehmlich der Deutschen Volkspartei angehören.

Wenn man der „Germania“ Gläuben schenkt, so scheint es jedoch noch nicht schaukeln, dass unbedingt ein Mitglied dieser Partei Reichswehrminister werden wird. Das Zentralblatt fordert: Ob der Volkspartei die Bewilligung zu dieser Amt bestätigt, ist darüber noch fraglich. Dorthin hätten auch noch andere zu definieren. Es gibt nicht unbedeutende Kreise, die eine parteipolitisch nicht gebundene Kandidatur empfehlen. In diesem Zusammenhang hört man den Namen von General Görner, der ernsthaft konsidert werden soll.

Die „Deutsche Zeitung“ vergleicht das Aussehen des Haushalts General Görner als Stellvertreter des Wehrministers einzuführen. General Görner soll übrigens, dem Blatt zufolge, nicht abgesetzt sein, nicht nur Stellvertreter sondern Reichswehrminister zu werden. Schließlich ist noch ein von dem Sozialsozialisten verzeichnetes Gerüst erwähnt, das in der Illustrierten des Konsuls der Gedanke erörtert worden sei, den früheren Reichswissenschaftler Dr. Kühl in das Reichswehrministerium zu berufen. Die Entscheidung wird, wie es in den Blättern heißt, durch den Reichspräsidenten nicht übertragen, aber mit Stärke auf die tatsächlichen Arbeitern hält geführt werden.

Der Haushalt des Reichsarbeitsministeriums.

Maßnahmen zur Sicherstellung der älteren Arbeiter und Angestellten betr.

Abg. Berlin. Der Haushaltsschluss des Reichstags legte am Freitag die Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums fort.

Der Mitberichterstatter Abg. Erking (SPD) lobte die Tätigkeit des Arbeitsministeriums und äußerte seine Meinung darin, dass unsere Industrie keineswegs infolge der Sozialpolitik konkurrenzunfähig werde; wünschenswert aber sei doch, dass die fremden Industrieländer sich möglichst unserer sozialpolitischen Gesetzgebung anschließen. Gute Erfolge habe das Ministerium auf dem Gebiet des Sozialversicherungswesens erzielt. Der Beamtenapparat der sozialpolitischen Verwaltung müsse verstärkt werden. Der Redner fragte, wie die neuen Soziallastabreise von den zünftigen Diplomaten aufgenommen worden seien. Schließlich betonte der Redner, dass einer Siedlung im Bauwesen vorgezogen werden müsse.

Abg. Behrens (DNVP) wies auf das Durchsetzen der Sonderarbeitslöhne gegenüber der Besserung der Industriearbeitslöhne hin, was auf die katastrophale Lage der Handelswirtschaft zurückzuführen sei.

Abg. Hoch (Soz.) erinnerte daran, dass bereits fünfzig Jahre seit dem Erlass des Sozialistengesetzes vergangen seien. Die sozialen Gedanken hätten aber gesiegt, trotzdem sind noch nicht alle Parteien damit abgestimmt. Der Reichstag sei immer wieder der Hemmschuh für einen größeren sozialpolitischen Fortschritt gewesen. Das Vertrauen in die Reichsversicherung der Überversicherungsbüro und Verfassungsgerichte fehlt immer noch.

Abg. Röbel (Komm.) forderte wesentliche Erhöhung der Invalidenrenten und führte Beschwerde über die niedrigen Röhne in der Legiindustrie und bei den Eisenbahnerarbeitern.

Abg. Thiel (DPP) betonte, dass nicht alle Krankenkassen vorhanden wirtschaften. Redner betonte die Unzulänglichkeit der Wahllokale und Wahlvorbereitungen bei den letzten Wahlen zu den Sozialorganisationen.

Abg. Kuschner (Soz.) brachte die Lage der älteren Angestellten zur Sprache und verlangte namens seiner Partei gesetzlicher Rahmen zum Schutz der älteren Angestellten.

Arbeitsminister Dr. Bräuer

bemerkte, dass sich in Paris und London ein freundschaftliches Zusammensetzen der Sozialparteien mit den zünftigen Diplomaten ergeben habe. Die Verwaltungsreform dürfe vor der Sozialversicherung nicht holt machen. Der Minister hoffte, dass jeder Beamte, jeder Arbeiter und jeder Angestellte bei ihm unmittelbar Eintritt habe.

Nach weiterer Erörterung wurden von den Sozialdemokraten beantragt:

Einführung

angenommen betreffend baldige Vorlegung eines Gesetzesentwurfes über Maßnahmen zur Sicherung der Existenz der älteren Arbeiter und Angestellten; ferner betraf schließlich Vorlegung eines Gesetzesentwurfes, wodurch die in der Gewerbeordnung enthaltene rechtliche Benachteiligung der technischen Angestellten gegenüber anderen Berufsgruppen der Angestellten beseitigt wird. Schließlich wird in einer Resolution den Reichsminister erlaubt, darin zu wirken, dass dem Reichstag sogleich ein Gesetzesentwurf vorgelegt wird, durch den die Sozialabstandsgrenze dem veränderten Geldwert entsprechend erhöht wird.

Weiterberatung heute Sonnabend.

Zum neuen sächsischen Staatshaushaltplan.

Dresden. Der neue sächsische Staatshaushaltplan für das Jahr 1928 wird, wie neuerdings in Erörterung gebracht wird, nicht vor Anfang Februar an den Landtag gelangen können. Die Verbilligung seiner Vorlegung ist aus der Neuregelung der Beamtenbefriedung zu erklären, die eine Umarbeitung zahlreicher Einzelpositionen bedingt. Während der Volksstaat den nachgewiesenen Wehrbetrag auf 40 bis 50 Millionen erhöht, teilt der „Dr. A.“ mit, dass diese Zahl völlig falsch sei. Genauere Sollentangaben sind jetzt noch nicht zu erlangen.

Abreise des Botschafters v. Brittwitz und Gaffron nach Washington.

Hamburg. Der neue deutsche Botschafter für Washington, Dr. v. Brittwitz und Gaffron, hat heute mittag mit dem Kapitän-Dampfer „Albert Ballin“ von Cuxhaven aus die Reise nach den Vereinigten Staaten angestreten.